

Nidwaldner Zeitung

Samstag, 4. Februar 2017



Geburtstagskind

Walter Mathis, Pfarrer von Emmetten, feiert im Doppel mit einem Kollegen. 23

AZ 6002 Luzern | Nr. 29 | Fr. 3.50 | € 4.- www.nidwaldnerzeitung.ch

Politik redet nun beim Flugplatz mit

Nidwalden Die Regierung traf sich mit den Landratsfraktionen, um über den Flugplatz Buochs zu diskutieren. Eigentlich möchte die Regierung im November eine Volksabstimmung über einen Kredit von 10 Millionen Franken, um die bisherige Beteiligung an der Airport Buochs AG zu halten.

Die Landratsfraktionen sind aber der Meinung, es müssten noch weitere Varianten unter die Lupe genommen werden. Der Kanton solle nicht Unternehmern spielen, sondern nur Rahmenbedingungen festlegen.

Die Regierung will die Anliegen prüfen und Kommissionen und Landrat entsprechend Bericht erstatten. (red) 23

Alte Meister – neu gehängt

Stans Die Ausstellung «Alte Meister» des Museums Nidwalden in Stans ist etwas für die Sinne. Sämtliche 200 Werke, welche die Frey-Näpflin-Stiftung dem Museum Nidwalden als Dauerleihgabe zur Verfügung gestellt hat, hängen derzeit in üppigen Goldrahmen im Pavillon gleich neben dem Winkelriedhaus, darunter auch das Herzstück der Sammlung, die zwölf Apostel mit Jesus aus der Rubens-Werkstatt.

Am 9. April wird der Bilderzuwachs gefeiert. Sechs Künstlerinnen aus dem In- und Ausland werden in den Museumsräumen mit den Bildern in einen Dialog treten. (jst.) 9

Terroranschlag verhindert

Frankreich In Paris wurde gestern ein mutmasslicher Anschlag auf das Louvre-Museum vereitelt. Soldaten eröffneten das Feuer auf einen mit einer Mache bewaffneten Angreifer. Er liegt im Krankenhaus. Ausserdem wurden zwei Soldaten verletzt.

In Frankreich beginnt in diesen Tagen der offizielle Präsidentschaftswahlkampf. Der sozialliberale Kandidat Emmanuel Macron gibt heute in Lyon eine Kundgebung. Ebenfalls in Lyon hält an diesem Wochenende auch der rechte Front National (FN) einen Parteitag ab. FN-Vorsitzende Marine Le Pen will dort ihr Wahlprogramm für die Präsidentschaftswahl präsentieren. (red) 7

Kehrtwende des Bundes verärgert Universitäten

Erasmus Entgegen früheren Plänen will der Bund bis 2018 keine Vollasoziiierung beim EU-Studierendenaustausch erreichen. Schweizer Universitäten sind enttäuscht.

Noch im Herbst des vergangenen Jahres hiess es, die Schweiz wolle bis 2018 wieder assoziiertes Vollmitglied des EU-Studierendenaustauschprogramms Erasmus+ werden. Nun scheint das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) einen Rückzieher zu machen. Begründung: Die Verhandlungen mit der Europäischen Union liessen sich nicht in einem «realistischen Zeitraum abschliessen». Eine Vollasoziiierung der Schweiz könnte ab 2021 wieder zum Thema werden. Bis dahin bleibe die bereits geltende Übergangslösung zwischen der EU und der Schweiz bestehen.

Die Übergangslösung gestaltet sich so, dass der Bund die

«Ich bin überrascht und enttäuscht.»



Matthias Aebischer
SP-Nationalrat/BE

Auslagen für das studentische Mobilitätsprogramm selbst übernimmt. Jérôme Hügli, Projektverantwortlicher für internationale Bildungszusammenarbeit und Berufsqualifikationen beim Bund, bezifferte die dafür anfallenden Ausgaben gegenüber SRF im vergangenen September auf 30 bis 35 Millionen Franken.

MEI machte Übergangslösung nötig

Die Übergangslösung war nötig geworden, nachdem das Stimmvolk im Jahr 2014 der Masseneinwanderungsinitiative (MEI) zugestimmt hatte. Die Folge war ein Aufschrei an den Schweizer Universitäten. Enttäuscht zeigte man sich bei Swisssuniversities nun

auch über die Entscheidung, die Übergangslösung zu verlängern. «Sie bringt für die Schweizer Universitäten eine Vielzahl von Einschränkungen und negativen Konsequenzen», sagte die Generalsekretärin von Swisssuniversities, Martina Weiss. Auch SP-Nationalrat Matthias Aebischer erklärte: «Ich bin überrascht und enttäuscht.»

Das Interesse am Erasmus-Programm ist ungebrochen. Knapp 3000 Schweizer Studierende nahmen im Jahr 2016 an dem akademischen Austauschprogramm teil. Die Zahl der potenziellen Destinationen für Schweizer Studierende habe sich indessen verringert, so Weiss. (red) Kommentar 6. Spalte 4

Kommentar

Falsches Signal

Eigentlich schien der Weg endlich frei. Im Dezember hat der Bundesrat die Personenfreizügigkeit auf Kroatien erweitert – und damit jene Hürde beseitigt, die der Schweizer Vollmitgliedschaft bei Erasmus+ im Weg stand. Doch statt die Verhandlungen über das Austauschprogramm mit der EU wieder aufzunehmen, überrascht der Bund nun mit völlig neuen Plänen. Er gibt sich weiterhin mit dem Status als Drittstaat zufrieden. Die Übergangslösung, die 2014 installiert wurde, soll noch bis 2020 in Kraft bleiben. Dieser Entscheid überrascht selbst Bildungspolitiker. Und er liefert einen Hinweis darauf, wie schwer es Schweizer Anliegen in Brüssel nach wie vor haben.

Dass die Schweiz weiterhin mit einer Übergangslösung arbeiten will, ist aber nicht nur überraschend. Es ist auch falsch. Natürlich, zumindest bei den Studenten sind die Mobilitätszahlen zuletzt trotz allem gestiegen. Anderswo, beim Hochschulpersonal etwa, ist die Entwicklung aber gegenläufig. Die Universitäten betonen schon lange, dass sie bei Erasmus+ wieder voll mitmachen wollen, weil sie mit der aktuellen Lösung nicht zufrieden sind. Denn derzeit müssen sie mit jeder Universität bilaterale Verträge aushandeln.

Der Bund sendet mit dem Entscheid, bei Erasmus+ sein eigenes Süppchen zu kochen, ein falsches Signal. Ausgerechnet das Land, das im Herzen Europas liegt, ist beim Austauschprogramm nicht richtig mit dabei und gibt sich stattdessen mit dem Status als Drittstaat zufrieden. Die Schweiz, die die Bildung gerne als ihren einzigen Rohstoff bezeichnet, bewegt sich damit in einer Liga mit Marokko oder Armenien.



Dominic Wirth
schweiz@luzernerzeitung.ch

Im Teddybär-Spital sind «Patienten» bald wieder gesund



Prävention Mit Feuereifer gipsen Matilda (links) und Elin ihren Stofftieren Arm und Bein ein. «Dr. Ted» Katinka Bölsterli hilft ihnen. 86 Kinder im Alter von vier bis sechs Jahren vor allem aus Nidwalden waren gestern im Kantonsspital Nidwalden, um ihre Plüschtiere von angehenden Medizinerinnen der Uni Bern verarztet zu lassen. Die Idee Teddybär-Spital stammt aus Schweden. Kinder sollen so ihre Ängste vor dem Spital verlieren. 21 Bild: Marion Wannemacher